

**SCHWERPUNKTE DER ARBEIT IM
WS 76/77: SOZIALE SITUATION & HRG**

**VORWEGNAHME DES HRG DURCH
PRÜFUNGSORDNUNGEN**

**STUDENTENWERK – HESSEN WEITE
VERANSTALTUNG ZU DEN
FORDERUNGEN DER DARMSTÄDTER
STUDENTEN**

Schwerpunkte im WS 76/77

Die Situation an den Hochschulen ist durch die schrittweise erfolgende Einführung des HRG durch die Landesregierungen und die ständigen Verschlechterungen der sozialen Lage der Studenten gekennzeichnet.

Die Studenten der THD haben in ihrem Streik im vergangenen Sommersemester die Forderungen aufgestellt:

- Rücknahme des HRG
- Keine Anpassung der Landesgesetze

Diese Forderungen wurden in Vollversammlungen mit überwältigender Mehrheit als Richtlinien für weitere Aktionen bestätigt.

Das HRG beinhaltet:

- Einführung von Regelstudienzeiten (6 - 8 Semester), bei Überschreitung erfolgt Zwangsexmatrikulation
- anstelle von "Ausbildung zum wissenschaftlichen Denken" eine Schmalspurausbildung an der "beruflichen Praxis" entsprechend dem Industrieinteresse orientiert, das Studium wird entqualifiziert
- Studienreformkommissionen, in denen Industrievertreter und Staat die Mehrheit haben, also über die Köpfe der Universitätsangehörigen hinweg die Studieninhalte bestimmen können
- Festschreibung des NC
- Einführung eines Ordnungsrechts, das die Studenten etwaigen Willkürmaßnahmen von Kultusminister und Hochschulleitung ohne gerichtliche Untersuchung ausliefert und zu einem zweijährigen Studienverbot führen kann
- weiterer Abbau der studentischen Mitbestimmung an der Universität, in allen wichtigen Fällen entscheidet nicht die Mehrheit aller Mitglieder eines Gremiums, sondern die Mehrheit der Professoren
- die studentischen Interessensvertretungsorgane werden zu einer Kann-Einrichtung, d. h. sie können jederzeit vom Kultusminister aufgelöst werden
- Anpassungspflicht der Landesgesetze an obige Bestimmung bis 1.1.1979.

Um die Durchsetzung des HRG zu verhindern, muß es auf allen Ebenen, im Fachbereich, an der Uni und überregional bekämpft werden. Im letzten Sommersemester haben einige Hochschulen im Bundesgebiet gegen das Hochschulrahmengesetz gestreikt, die Fachhochschulen wollen noch dieses Wintersemester gegen einige Punkte des HRG streiken, Bremen und Hamburg gegen ihre dem HRG angepaßten Landesgesetze streiken.

In Darmstadt soll voraussichtlich noch dieses Semester eine zentrale Prüfungsordnung verabschiedet werden, in der der Kultusminister neben anderen Verschärfungen die Festsetzung der 8-semesterigen Regelstudienzeit verankern will.

Die Novellierung des hess. Hochschulgesetzes wird in Hessen noch in diesem Monat vorbereitet. Das rigide Ordnungsrecht soll entgegen allen vorherigen Ankündigungen auch noch im WS an der THD eingeführt werden.

Wir müssen uns gegen diese und alle weiteren Verschärfungen der Studiensituation entschieden zur Wehr setzen. Grundsätzlich muß uns aber klar sein, daß die Auseinandersetzung mit den ersten Auswirkungen des HRG günstigenfalls aufschiebenden Charakter haben kann. Deswegen treten wir weiterhin für die Rücknahme des HRG ein und üben Druck auf die Landesregierung aus, um die Anpassung der Landesgesetze zu verhindern.

Dieser Druck auf die Regierung und die Parteien kann nur durch gemeinsame Aktionen aller Studenten wirksam werden.

Deshalb ruft der ASTa zu Aktionen gegen die jetzt bereits wirksam werdenden Verschlechterungen durch das HRG auf:

- beteiligt Euch an den Auseinandersetzungen um die Prüfungsordnungen. Diskutiert die Verschlechterungen in den Fachbereichen und verpflichtet auch die Professoren, diesen nicht zuzustimmen
- fährt zu der gemeinsamen Demonstration aller hessischen Universitäten in Wiesbaden gegen HRG - Prüfungsordnungen.

Als Schwerpunkt seiner Arbeit im Wintersemester versteht der ASTa die Durchführung einer hessenweiten Versammlung zum HRG und die Initiierung eines hessen- und bundesweiten Streiks gegen das HRG. Der ASTa wird in einem Rundbrief an alle ASTen im Bundesgebiet die Forderung nach bundesweitem Streik gegen das HRG vertreten und in der Landes-ASTen-Konferenz Initiativen zu gemeinsamen koordinierten Vorgehen zum HRG entwickeln.

Soziale Situation:

Neben den Auseinandersetzungen um die Sozialleistungen des Studentenwerks ist in letzter Zeit gerade die Problematik der Ausbildungsförderung verstärkt hervorgetreten.

Mehrere Faktoren haben zu einer erheblichen Verschlechterung der Bafög-Leistungen geführt:

- Nichtanpassung der Höchstförderungssätze trotz erheblicher Preissteigerungen
- Nichtanpassung des Elternfreibetrags, was bewirkt, daß trotz real kaum gestiegener Löhne in den letzten Jahren wegen der Inflation viele Studenten erheblich weniger Förderung oder gar keine mehr erhalten
- Ausweitung der Darlehensregelung; die Schuldenbelastung nach dem Studium ist gerade wegen der schlechten Arbeitsmarktsituation für viele Studenten nicht tragbar.

Gegen diese Verschlechterungen, die etwa 40 % aller Studenten betreffen, müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln angehen. Wir fordern:

- kostendeckende Ausbildungsförderung
- Anhebung des Elternfreibetrags
- vollständige Einbeziehung ausländischer Kommilitonen in das Bafög.

Wir dürfen nicht zulassen, daß durch die Aushöhlung des Bafög in besonderem Maße die Studenten aus sozial schwachen Schichten getroffen werden: Durch die geänderte Darlehensregelung erhalten die Studenten des 2. Bildungswegs (Fachhochschulabsolventen) ihre Förderung ausschließlich als Darlehen, was einem Schulden-

berg von über 30 000 DM gegen Ende des Studiums entspricht. Zusätzlich hat sich durch die Änderung des anrechnungsfreien Einkommens für die meisten Familien (erst ab vier Kindern ist die neue Regelung günstiger) eine erhebliche Verschlechterung ergeben.

Alle diese Mißstände widersprechen dem Anspruch des Bafög: "Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht für eine Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung ein Rechtsanspruch nach Maßgabe dieses Gesetzes, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Vergütung stehen." (§ 1)

Da das Bafög in letzter Zeit immer weniger das Prinzip der Chancengleichheit - wie es zwar in der Präambel genannt, in dieser Gesellschaftsform aber kaum möglich ist - wenigstens ansatzweise verwirklicht, sondern im Gegensatz dazu ein Instrument zur Regulierung der Akademikerproduktion (durch verstärkten finanziellen Druck auf Studenten brechen immer mehr ihr Studium ab) zu werden scheint, kann eine Verbesserung der Ausbildungsförderungssituation nur durch eine breit angelegte Überarbeitung des Bafög erreicht werden.

Deswegen werden wir den Kampf für die Verbesserung der Ausbildungsförderung auf zwei Ebenen führen:

- gegen einzelne konkrete Verschlechterungen

Der AStA wird einen Musterprozeß für die Abschaffung der Darlehensregelung der Fachhochschulabsolventen führen. Zusätzlich muß die Öffentlichkeitsarbeit zu der Bafög-Misere erheblich verstärkt werden.

- Unterstützung bundesweiter Aktionen für eine umfassende Verbesserung der Ausbildungsförderung, die der Situation der Jugendlichen im Ausbildungsbereich angemessen ist.

Die Durchsetzung des HRG auf Hochschulebene

Neue Diplomprüfungsordnung

An der THD wird an einer neuen Diplomprüfungsordnung gearbeitet. Sie wurde dem Kultusminister zugeschickt, von ihm an einzelnen Punkten nicht akzeptiert und mit der Auflage, die entsprechenden Paragraphen umzuformulieren, wieder zurückgesandt. Folgende Punkte sollen verändert werden:

1. Statt der Kann-Bestimmung der Regelstudienzeit eine Muß-Bestimmung.

Zunächst gibt es noch keine Bestimmungen über eine Zwangsexmatrikulation, bei der Muß-Bestimmung wird sie notwendig werden.

2. Die studienbegleitenden Prüfungen sollen abgeschafft werden.

Dies bedeutet für einige Fachbereiche eine Entqualifizierung des Studiums, denn Projekte, Studienarbeiten, Seminararbeiten, die wie studienbegleitende Prüfungen gewertet wurden, sollen jetzt im Anschluß an das Studium mit einer mehrstündigen Klausur abgeprüft werden.

Die Änderungswünsche des Kultusministers stellen eine Vorwegnahme des Hochschulrahmengesetzes dar.

Mitte Dezember steht die Prüfungsordnung erneut im Senat auf der Tagesordnung. In anderen Hochschulen und Fachhochschulen wurden und werden in Kürze ähnliche Prüfungsordnungen verabschiedet, die eindeutig eine Verschlechterung der Studienbedingungen und der Qualität darstellen. So an der Uni Gießen, wo früher Scheine ausreichten und jetzt eine neue zusätzliche Zwischenprüfung eingeführt wird. An den Fachhochschulen geht die Tendenz dahin, die Wiederholbarkeit von Scheinen/Prüfungen einzuschränken, d.h. bei Nichtbestehen kann Zwangsexmatrikulation erfolgen. Durch das Vetorecht der Studenten (das es nur an den FHs gibt) in den entsprechenden Gremien der FH Gießen gelang es bisher, diesen Punkt nicht in der Prüfungsordnung zu verankern mit dem Ergebnis, daß ein Dekan den Kumi bat, diese Regelung per Erlaß den Studenten aufzuoktroyieren. Zusätzlich stellt er das Vetorecht der Studenten in Frage, da dadurch keine einheitlichen Prüfungsordnungen verabschiedet werden können. Diesem Standpunkt schloß sich der Kumi an.

An den hessischen Hochschulen wird also versucht, über neu zu erstel-

lende Prüfungsordnungen selbst Teile des HRG vorwegzunehmen, wenn dies nicht gelingt, schreitet der Kumi per Erlaß ein. Steht an einigen Hochschulen eine solche Prüfungsordnung, so ist es ein Leichtes, per Landesgesetz diese auch für andere Hochschulen verbindlich zu machen. Wir dürfen deshalb nicht gleichgültig hinnehmen, was an anderen Hochschulen passiert.

Die Studenten der Uni Gießen wollen eine Urabstimmung über einen Streik gegen die Verschärfung der Studienbedingungen (Zwischenprüfungsordnung) durchführen. Auf einem Teach-In der Uni Gießen was ein AStA-Mitglied der TH anwesend und hat über unsere Streikerfahrung berichtet und der Uni Gießen unsere Solidarität zugesagt.

Die Fachhochschulen im ganzen Bundesgebiet bereiten ebenfalls einen Streik vor, der sich vor allem gegen § 32 des HRG wendet, in dem der Zugang der Fachhochschulabsolventen an die Universitäten eingeschränkt wird.

Da in Bremen und Hamburg die Landesgesetze an das HRG angepaßt werden sollen, und zwar so, wie es am schlimmsten vorstellbar ist, arbeiten die Hochschulen dieser Städte auf einen Streik hin.

Zusätzlich plan die FH Gießen eine Demonstration in Wiesbaden, um den hessischen Kultusminister zur Rede zu stellen. Der AStA ist der Meinung, daß die Prüfungsordnung in Gießen uns genauso betrifft und wir die Gießener in ihrem Protest unterstützen. Andere Hochschulen werden sich auch an dieser Aktion beteiligen. Zudem stellt sich die Aufgabe, die Aktionen zu vereinheitlichen und zu einem bundesweiten Streik zusammenzufassen.

Die Demonstration in Wiesbaden
(Termin wird noch bekanntgegeben)
soll unter folgenden Parolen laufen:

VERHINDERN WIR GEMEINSAM DIE UMSETZUNG DES HRG

- Wir Studenten wollen keine uns knebelnden Studien- und Prüfungsordnungen
- Gegen Regelstudienzeit und Regelstudiengang
- Wir wollen Freiheit der Meinung, Freiheit der Wissenschaften im Interesse der Arbeitenden, Lernenden und Studierenden

GEGEN JEDE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN BETRIEB, GEWERKSCHAFT, SCHULE
UND HOCHSCHULE

- Stärkung und Erhaltung der verfaßten Studentenschaften mit Politischem Imperativem Mandat, Satzungs- und Beitragshoheit.

Studentenwerk - Veranstaltung

Um der Forderung nach Mensaessenzuschußerhöhung Nachdruck zu verleihen, hat der AstA eine hessenweite Großveranstaltung mit den hessischen Asten, den Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführern der hessischen Universitäten, den Universitätspräsidenten, der Landesregierung, den Landtagsfraktionen und den Gewerkschaften initiiert, auf der die soziale Lage der Studenten diskutiert werden soll. Wir werden unsere Forderungen

- Erhöhung des Mensaessenzuschuß durch das Land auf DM 2.-
- Deckung der Defizite durch das Land
- Selbstverwaltung der Studentenwerke durch Studenten und Hochschulpersonal

an die verantwortlichen Politiker direkt stellen und eine klare Antwort verlangen.

Gerade jetzt ist es wichtig, daß wir in unseren Forderungen nicht nachlassen; die Haushaltsberatungen im Landtag stehen vor der Tür, auf denen eine Zuschußerhöhung beschlossen werden muß, um die bedrohliche Situation der Studenten nicht weiter zu verschlechtern.

Zusätzlich müssen wir die Forderung nach Zuschußerhöhung in die bundesweite Auseinandersetzung um BAFÖG-Erhöhungen und Verbesserung der sozialen Lage der Studenten einreihen.

KOMMT DESWEGEN ALLE ZUR VERANSTALTUNG AM 30.11. 76 UM
19.00 UHR IMAUDI-MAX (47/50)

Allgemeiner Studentenausschuß der TH Darmstadt
Der Präsident der TH Darmstadt
Der Vorsitzende des Vorstandes des Studentenwerks der THD

Herrn

Dr. Erwin Lang

Vorsitzender des Haushaltsausschusses
des Hessischen Landtags
Schloss

6200 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Lang,

in zunehmendem Maße hat sich in letzter Zeit die soziale Lage der Studenten verschärft: Seit Jahren ist der DAFÜG-Höchstförderungssatz konstant auf 500,-- DM, der Elternfreibetrag bei 960,-- DM trotz hoher Preissteigerungsrate eingefroren. Dadurch sank der Lebensstandard der meisten Studenten in letzter Zeit in nicht vertretbarer Weise. Dies wird noch weiter durch die Tatsache verschärft, daß aufgrund des Mangels an Teilzeitarbeitern den Studenten zunehmend die letzte Möglichkeit geraubt wird, durch Jobs - was unserer Meinung nach nicht mit dem Studium vereinbar ist - die finanziellen Einbußen auszugleichen. Diese Belastungen führen u. a. auch zu einer zunehmenden Beeinträchtigung des wissenschaftlichen Studiums und der Forschung.

Um ein qualifiziertes Studium absolvieren zu können, haben die Studentenschaften und Hochschulen ihre Forderungen schon länger genannt:

- kostendeckende Ausbildungsförderung
- Erhöhung des Elternfreibetrages, mindestens gemäß der Lohnentwicklung (1.500,-- DM)
- materielle Absicherung des Studiums durch entsprechende Ausstattung der Hochschulen.

Dafür haben sich die Studentenschaften, Hochschulen und Studentenwerke wiederholt erfolglos eingesetzt.

Mit dieser bedenklichen Verschlechterung der sozialen Lage der

Studenten geht eine zunehmende defizitäre Entwicklung der Studentenwerke in den Sozialleistungsbereichen (Wohnheimen, Mensen usw.) einher.

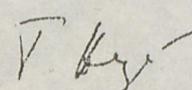
Trotz erheblich gestiegener Kosten sind die Zuschüsse im Mensenbereich seit 1972 nicht erhöht worden. Schon die durch Preissteigerungen erzwungene Mieterhöhung in den Wohnheimen des Studentenwerks rief einen fast einjährigen Boykott der Mietpreiserhöhung hervor.

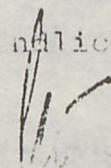
Zusammenfassend ist festzustellen, daß die soziale Lage der Studenten eine Preiserhöhung nicht mehr zuläßt. Deswegen haben Vollversammlung, Studentenparlament und Studentenwerksvorstand der TH Darmstadt beschlossen, die Erhöhung des Mensaessenszuschusses auf DM 2,- und die Deckung entstehender Defizite durch die Landeshilfe zu fordern. Sie haben dabei fest, daß das Studentenwerk eine soziale Einrichtung ist und bleiben muß und deswegen nicht nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten kann.

Es ist nicht auszuschließen, daß der Widerstand der Mensaschaften gegen weitere Preiserhöhungen steigen wird. Diese Preissteigerungen sind aber unumgänglich, wenn die Landeszuschüsse an das Studentenwerk nicht erhöht werden.

Die Unterzeichner bitten Sie, sich bei den anstehenden Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, daß die obengenannten Forderungen im kommenden Haushalt in ausreichender Weise Rechnung getragen werden.

Darmstadt, den 8. Oktober 1976


(Thomas Leber)
ASTA der TH Darmstadt

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Prof. Dr. (Name unlesbar)
Präsident der TH Darmstadt
Vorsitz des Vorstandes
des Studentenwerks der TH